



# Bezirksregierung Münster Bezirksplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax.:0251/411-1751 eMail:geschaeftsstelle@bezreg-muenster.nrw.de

## Sitzungsvorlage 1/2009

### Niederschrift der Sondersitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Münster am 26.11.2008

Berichterstatter: Regierungsvizepräsidentin Dorothea Feller-Elverfeld

Bearbeiter: Oberregierungsrätin Andrea Beatrix-Hess  
Tel.: 0251-411-1750  
Regierungsbeschäftigte Inge Weber  
Tel.: 0251-411-1755

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP der Sitzung der Strukturkommission am
- TOP 1 der Sitzung des Regionalrates am 16.03.2009**

### Beschlussvorschlag

#### für die Verkehrskommission:

- Zustimmung  Kenntnisnahme

#### für die Strukturkommission:

- Zustimmung  Kenntnisnahme

#### für den Regionalrat:

- Zustimmung  Kenntnisnahme

## **Niederschrift der Sondersitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Münster am 26.11.2008**

---

**Beginn:** 9.00 Uhr  
**Ende:** 12.45Uhr  
**Anwesenheitsliste:** s. Anlage 1

**Der Vorsitzende** begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Referenten Herrn Tönjes, Vorstandsvorsitzender der RAG AG, Herrn Kirchner, Abteilungsdirektor der Abteilung Bergbau und Energie der Bezirksregierung Arnsberg, Herrn Prof. Dr. Harney, Ruhr-Universität Bochum; sowie Herrn Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen und Herrn Lütkenhorst, Bürgermeister der Stadt Dorsten, und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Regierungspräsident** gab eine Einführung in die Thematik der Sondersitzung. Die Beschlüsse zur schrittweisen Stilllegung der Steinkohleförderung hätten für die Wirtschafts- und Sozialstruktur der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften erhebliche Folgen.

Der den Kohlebeschlüssen zugrunde liegende Zeitplan biete aber auch die Chance, mittel und langfristig wirkende Lösungen zu suchen, um gemeinsam den Strukturproblemen der Region bedarfsgerecht und nachhaltig zu begegnen. Die heutige Veranstaltung füge sich in eine Kette von Aktivitäten, mit denen die Region ihre Zukunftsoptionen neu definiere und die notwendige Unterstützung der Landesregierung einfordere. Frau Ministerin Thoben habe diese Hilfe bei einem Treffen mit den Gremien der WIN Emscher-Lippe am 31. Oktober 2008 auch zugesagt und angekündigt, zum Thema Kohlerückzug mit den betroffenen Regionen und Kommunen im Gespräch bleiben zu wollen.

Mit dem Entwicklungskonzept „Handlungsstrategie 2020“ der Emscher-Lippe Region wie auch mit dem Positionspapier „Wandel als Chance“ der Kohlerückzugskommunen würden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, mit denen die wirtschaftliche und soziale Zukunft der heutigen Bergbaustandorte gesichert werden könnte. Wichtige Ansatzpunkte seien die koordinierte Forschung und Entwicklung, neue Ansätze beim Flächenmanagement sowie die Bildungsentwicklung und Qualifizierung.

**Herr Tönjes**, Vorstandsvorsitzender der RAG Deutsche Steinkohle, referierte über die Entwicklung des Steinkohlebergbaus, aktuelle Bergbauplanungen und Problempunkte - Folien des Vortrages s. Anlage zur Niederschrift auf den Internetseiten der Bezirksregierung Münster [www.brms.nrw.de](http://www.brms.nrw.de)

**Herr Kirchner**, Abteilungsdirektor der Abteilung Bergbau und Energie in NRW der Bezirksregierung Arnsberg, referierte über die Wiedernutzbarmachung bergbaulicher Flächen aus Sicht der Bergbehörde – Folien des Vortrages s. Anlage zur Niederschrift auf den Internetseiten der Bezirksregierung Münster [www.brms.nrw.de](http://www.brms.nrw.de)

**Herr Lütkenhorst**, Bürgermeister der Stadt Dorsten, ging am Beispiel der Stadt Dorsten auf die Auswirkungen für die betroffenen Städte und Gemeinden ein. Er gab einen Überblick über die Entwicklung des Stadtteiles Wulfen-Bakenberg nach Beendigung der Kohleförderung. Um die Situation der Kohlerückzugsgemeinden zu verbessern, seien zum einen neue kreative Lösungen für das Aufbringen von Eigenanteilen der Kommunen notwendig. Zum anderen müsste den Kohlerückzugsgemeinden zeitlich befristet ein gewisser Vorrang bei der Vergabe von Fördermitteln eingeräumt werden. Außerdem sollte der Landesanteil an möglichen eingesparten Bergbausubventionen den betroffenen Kommunen wieder zufließen, um diesen eine eigenwirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen.

**Herr Baranowski** ging auf das Positionspapier „Wandel als Chance“ ein, das von 40 Städten und Gemeinden der Metropole Ruhr und des Kreises Steinfurt erstellt worden sei, die von den ökonomischen und sozialen Folgewirkungen der Kohlebeschlüsse betroffen seien. Er stellte die Ziele des Positionspapiers vor und ging auf die drei Handlungsbereiche Flächensicherung und nachhaltige Stadtentwicklung, Koordinierte Forschungs- und Technologieförderung und Bildungsregion Ruhr 2018 ein. Beabsichtigt sei, mit dem Positionspapier eine Plattform zu schaffen, um mit der Landesregierung ins Gespräch zu kommen, nach Lösungen zu suchen und gemeinsame Arbeitsschritte zu entwickeln.

**Herr Prof. Dr. Harney**, Ruhruniversität Bochum, referierte zum Thema „Bildungsoffensive – ein Masterplan für die Region“ - Folien des Vortrages s. Anlage zur Niederschrift auf den Internetseiten der Bezirksregierung Münster [www.brms.nrw.de](http://www.brms.nrw.de)

**Der Vorsitzende** bedankte sich bei den Referenten für ihre Vorträge und eröffnete die Diskussion.

**Herr Roland** ging auf den Vortrag von Herrn Prof. Harney ein, der sich im Wesentlichen mit dem Themen Übergangsschule und Beruf befasst habe. Er machte deutlich, dass die Bildungsgrundlagen sehr viel früher gelegt würden und hier angesichts der demografischen Entwicklung eine rechtzeitige Unterstützung notwendig sei.

**Herr Daldrup** ging auf die Folgen der Kohlebeschlüsse ein und machte deutlich, dass im Regierungsbezirk Münster davon 15.000 Arbeitsplätze unmittelbar und 35.000 mittelbar betroffen seien. Er forderte, dass die eingesparten Bergbausubventionen direkt den betroffenen Kommunen zur Verfügung gestellt werden müssten. Außerdem sei von der Landesregierung die Unterstützung der Kommunen hinsichtlich der Finanzierung von Eigenanteilen zu fordern. Er betonte die Wichtigkeit von Maßnahmen für den sozialen Arbeitsmarkt und die besondere Ausbildungsunterstützung unter dem Aspekt der besonderen Sozialstruktur in den Städten der Emscher-Lippe Region. Seitens der RAG wünsche er sich mehr Entgegenkommen bei der Flächenbereitstellung für die Kommunen.

**Herr Pantförder** unterstützte die Ausführungen bezüglich der Forderung nach direkten Investitionshilfen für die vom Kohleausstieg betroffenen Kommunen. In Gesprächen mit Frau Ministerin Thoben sei deutlich geworden, dass Bund und Land sich darauf eingestellt hätten, entsprechende Subventionshilfen verlässlich zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel sollten zielgenau für strukturverbessernde Maßnahmen, zur Aufbringung der kommunalen Eigenanteile sowie zur Finanzierung und Erschließung von Altflächen eingesetzt werden. Er appellierte an die Mitglieder des Regionalrates, sich parteiübergreifend für die Verbesserung der Lage der durch die Kohlebeschlüsse betroffenen Kommunen einzusetzen.

**Herr Welt** machte deutlich, dass gegenüber dem Bund und dem Land mit Nachdruck auf den Termin 2012 hingewiesen und entsprechende Unterstützung eingefordert werden müsse. Angesichts der eingesparten Subventionen müsse man erwarten, dass auch konkrete Hilfe gewährt werde. Diese sei auch für die Erschließung einzelner Flächen notwendig, um die Eigenanteile der Kommunen realisieren zu können. Er wies auf die besondere Bedeutung eines ganzheitlichen Bildungskonzeptes für die Emscher-Lippe Region hin, allerdings gebe es auch hier das Problem der Finanzierung. Alle heute angesprochenen Felder müssten im Zusammenhang gesehen werden und bedürften der gemeinsamen Anstrengungen bei der weiteren Planung und Umsetzung für eine gute Entwicklung der Region.

**Herr Klein** unterstützte die Forderungen, die frei werdenden Subventionen zur Unterstützung der vom Kohleausstieg betroffenen Kommunen zur Verfügung zu stellen, um sie bei diesem Strukturwandel sinnvoll zu begleiten.

**Herr Fehr** führte aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Positionspapier der Metropole Ruhr und des Kreises Steinfurt grundsätzlich befürworte. Allerdings sei zu kritisieren, dass hier nicht grundsätzlich ein Flächenrecycling befürwortet werde, sondern auch Flächen im Außenbereich gefordert würden. Ein Rückzug aus der Kohle könne nicht ohne staatliche Unterstützung bewerkstelligt werden. Außerdem wies er darauf hin, dass der in dem Positionspapier erwähnte Ausbau des Flughafens Münster-Osnabrück nicht befürwortet werde.

**Herr Boos** sprach die Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr und die damit verbundenen Probleme für die Emscher-Lippe Region und den Kreis Recklinghausen an und betonte die Notwendigkeit, dass dieser regionalplanerische Übergang kontinuierlich erfolge. Er sprach die zukünftige Nutzung von Bergbauflächen an und kritisierte die bisherige Entwicklung dieser Flächen weitestgehend als Einzelhandelsfläche und damit nicht im Sinne einer nachhaltigen gewerblichen Entwicklung. Die geforderten direkten Investitionshilfen seien im Grunde zu befürworten, allerdings dürfe der kurzfristige Erfolg der Vermarktung nicht im Vordergrund stehen, sondern die Nachhaltigkeit auch dauerhaft tragfähiger gewerblicher und industrieller Konzeptionen.

**Herr Dr. Hülsdünker** empfahl, nach Wegen zu suchen, um bei der Revision im Jahr 2012 sicherstellen zu können, dass der Sockelbergbau in der Emscher-Lippe Region auch nach 2018 fortgeführt werden könne. Diese Region sei die am stärksten vom Bergbau geprägte und sehe ihre Chance darin, den Strukturwandel im eigenen Interesse mit einem aktiven Steinkohlebergbau zu gestalten und damit die Arbeitsplätze zu sichern. Angesichts der erwähnten Probleme im Bildungsbereich müsse eine Entwicklung zu einem ganzheitlichen Bildungsansatz angestrebt werden.

Ziel müsse sein, das Schnittstellenmanagement zwischen zuständigen Behörden und Institutionen qualitativ so zu verbessern, dass zumindest der Anteil der Fachkräfte für die Zukunft deutlich gesteigert werde.

**Herr Schulte-Uebbing** ging auf die zukünftige Nutzung von Bergbauflächen ein und regte an, die Entwicklung dieser Flächen bereits in der Zeit zu beginnen, in der sie noch unter Bergaufsicht stünden. Er unterstützte die Forderungen nach einem Sonderprogramm für die betroffenen Kommunen und empfahl, über ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz nachzudenken. Er ging auf den Vortrag von Herrn Prof. Harney ein, der sich mit den Berufskollegs befasst habe und stellte fest, dass hier eine Unterstützung sehr viel früher einsetzen müsse. Festzuhalten sei, dass die Ruhrkohle einen erheblichen Beitrag dazu geleistet habe, die berufliche Entwicklung auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu gewährleisten. Er sprach die seit den 80er Jahren bestehende Arbeitsgemeinschaft Weiterbildung an und schlug vor, über diese Vernetzung in den Diskussionsprozess zur Unterstützung in den ersten Bildungsjahren einzusteigen.

**Herr Gerdes** kritisierte die Entscheidung für den Ausstieg aus der Kohleförderung und betonte, dass in anderen Ländern die energiepolitische Zukunft der Kohle gesehen werde und Kokereien ausgebaut würden. Er appellierte daran, die Revision bis 2012 zu nutzen und sich für den Sockelbergbau zu entscheiden.

**Herr Regierungspräsident** bedankte sich bei allen Teilnehmern und stellte fest, die Diskussion habe gezeigt, dass die Entscheidung für die Durchführung der heutigen Auftaktveranstaltung zum Thema Kohlerückzug richtig gewesen sei.

Er machte deutlich, dass die Zuständigkeiten des Regionalrates und der Bezirksregierung angesichts der anstehenden Verfahrensänderungen in der Regionalplanung in den Förderbereichen bestehen bleibe.

Angesichts der sehr positiven Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bezirksregierung bestehe eine gute Grundlage, um die anstehenden Umstrukturierungen gemeinsam zu bewältigen.

Die Bezirksregierung werde unter Federführung von Frau Regierungsvizepräsidentin Feller-Elverfeld eine Arbeitsgruppe einrichten, um die in der heutigen Sitzung vorgebrachten Anregungen und Vorschläge aufzugreifen.

**Der Vorsitzende** bedankte sich bei allen Teilnehmern, insbesondere bei den Referenten für ihre sehr qualifizierten und fundierten Vorträge und schloss die Sitzung um 12.45 Uhr.



Vorsitzender


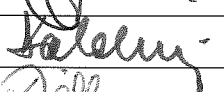

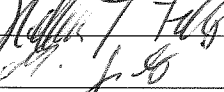
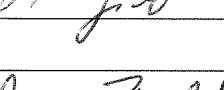
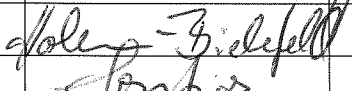
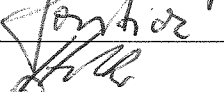



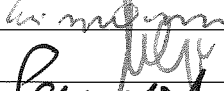
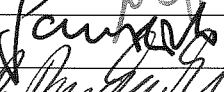

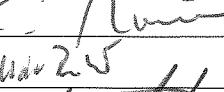
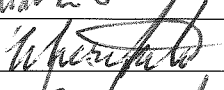
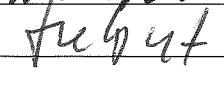
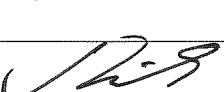

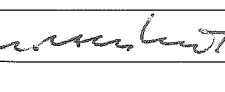


weiteres Mitglied


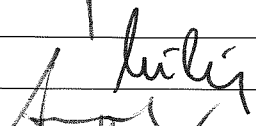

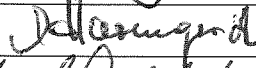



Schriftführerin

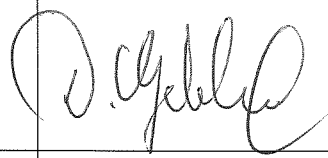
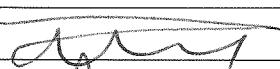


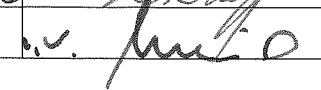
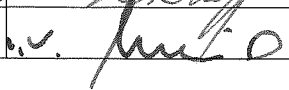
**Anwesenheitsliste**  
**für die Sondersitzung des Regionalrates**  
**des Regierungsbezirks Münster**  
**am 26. November 2008**  
**in Dorsten**

Beginn: 9.00 Uhr

Ende: 12.45

Stimmberechtigte Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Ballenthin, Eckart			
Boos, Thomas		X	
Daldrup, Bernhard			
Dillmann, Oswin		X	
Fehr, Helmut		<del>X</del>	X
Gerdes, Michael			Fahrdienst
Hild, Karl-Wilhelm			
Hollmann-Bielefeld, Gabriele			Fahrdienst
Horstick, Hermann		X	
Hötker, Rolf			X
Klein, Rolf		X	
Lind, Oliver		X	
Loos, Helmut		X	
Niermann, Werner		X	
Oberfeld, Franz-Josef		X	
Pantförder, Wolfgang		<del>X</del>	
Puschadel, Brigitte		X	
Rauen, Engelbert		X	
Reiter, Udo			X
Schönfeld, Siegfried			X
Siebert, Jürgen		X	
Dr. Stocks, Stefan			
Streich, Hans-Jürgen		X	
Tarner, Hedwig			
Trottenburg, Roland		DW	

Beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Aust, Norbert		x	
Borgelt, Erwin			
Eiling, Hermann		x	
Schulte-Uebbing, Karl-Friedrich		x	
Dr. Harengerd, Michael			
Dr. Hülsdünker, Josef			
Helmer, Heinrich			x
Tenhofen, Bernhard		x	
Leuteritz, Erika			

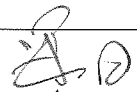

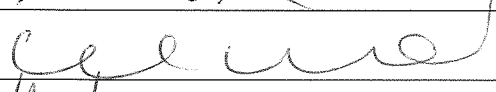
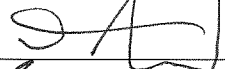
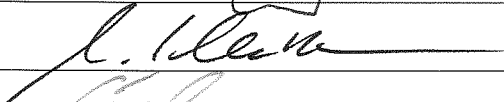
Teilnehmer mit beratender Befugnis	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Regionalverband Ruhrgebiet			
Landschaftsverband Westfalen-Lippe		x	
Oberbürgermeister Gelsenkirchen			
Oberbürgermeister Münster			
Oberbürgermeister Bottrop i.v.			
Landrat Borken			
Landrat Coesfeld i.v.			
Landrat Recklinghausen			
Landrat Steinfurt			
Landrat Warendorf i.v.			





Bezirksregierung Münster	Unterschrift
Regierungspräsident	
Regierungsvizepräsidentin	
Bezirksplaner	
Abteilungsleiter 3	
Abteilungsleiter 2	
Abteilungsleiter 4	
Abteilungsleiter 5	

Gäste, Behörde/Dienststelle	Unterschrift
<b>Johannes Beisenherz</b> Hans Werner Stadt Castrop-Rauxel Dieck	H. Beisenherz (Vert.)
<b>Wolfgang Werner</b> Stadt Datteln	
<b>Ulrich Roland</b> Stadt Gladbeck	U. Roland
<b>Bodo Klimpel</b> Stadt Haltern am See	B. Klimpel
<b>Uta Heinrich</b> Stadt Marl	U. Heinrich
<b>Joachim Menge</b> Stadt Oer-Erkenschwick	J. Menge
<b>Volker Lindner</b> Stadt Herten	V. Lindner
<b>Anne Heck-Guthe</b> Stadt Waltrop	A. Heck-Guthe
<b>Heinrich Steingröver</b> Stadt Ibbenbüren	H. Steingröver
<b>Benedikt Ruhmüller</b> Stadt Ahlen	B. Ruhmüller
<b>Dr. Ingo Westen</b> WIN EL	I. Westen
<b>Bernd Groß</b> WIN EL	B. Groß
<b>Klaus Schumacher</b> Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	K. Schumacher
<b>Wulf Noll</b> Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	W. Noll

<b>Martin Hennicke</b> Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	
<b>Michael Gaedtke</b> Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	
<b>Prof. Dr. Hans-Peter Noll</b> Ruhrkohle AG	
<b>Dr. Thomas Rommelspacher</b> Regionalverband Ruhrgebiet	
<b>Beate Kostka</b> Agentur für Arbeit Gelsenkirchen	B. Kostka
<b>Astrid Neese</b> Agentur für Arbeit Recklinghausen	
<b>Peter Schnepfer</b> IHK Gelsenkirchen	
Helmut Kellinghaus Gewerkschaft Metall	H. Kellinghaus
Josef Plumpel Gemeinde Recke	
Schwane-Rodica / W.M.V.	
Göste, Eckhard / IHK NW	